

Gesundheitswesen: mehr Geld, aber mangelhaft

Zwar erhält das Gesundheitsministerium Jahr für Jahr mehr Geld, doch verbessert sich sein Service nicht. Der Versuch, das Gesundheitswesen zu dezentralisieren, wird unterschiedlich bewertet und die Taktik, ausschliesslich in die Heilung und nicht in die Prävention der Krankheiten zu investieren, wird breit kritisiert.

Der folgende Artikel erschien am 26. Oktober im *Inforpress Centroamericana*.

Kürzlich machten ÄrztInnen und Krankenpflegepersonal des *Hospital Roosevelt*, eines der grössten im Land, publik, dass es in neun der insgesamt dreizehn Operationssälen des Spitals keine Klimaanlage gibt (nie gegeben hat). Dies erschwere die medizinische Arbeit während der Operation und gefährde die Gesundheit der PatientInnen. Das *Roosevelt* verfügt über 842 Betten und betreut monatlich rund 7000 PatientInnen.

José Bethancourt, Direktor des Regionalspitals in Quetzaltenango, gab seinerseits bekannt, dass mangels Geld im grössten Spital des guatemaltekischen Hochlands Lebensmittel und Medizin knapp geworden seien. Die Angestellten des Spitals würden ihr Möglichstes tun, die NotfallpatientInnen menschenwürdig zu betreuen.

Diese Aussagen sind Beispiele für die mangelhaften Bedingungen, unter denen viele staatliche Gesundheitseinrichtungen arbeiten, vor allem in ländlichen Gebieten. Dort ist es oft nicht möglich, eine gute Betreuung zu bieten, geschweige denn, die Arbeit und das Angebot auszudehnen. Laut einem Bericht des UNO-Programmes für Entwicklung (UNPD) muss ein Drittel der ländlichen Bevölkerung rund 12 Kilometer zurücklegen, um zum nächsten Gesundheitsposten zu gelangen. Ausserdem sind 60% der medizinischen Instrumente reparaturbedürftig bzw. ausser Funktion.

Die vier Hauptursachen für oft tödlich endende Krankheiten wären präventiv heilbar: Dehydrierung (zu wenig Flüssigkeit im Körper), Durchfall, Unterernährung, Bronchialkrankheiten, etc.

Dies, obwohl frühere Regierungen einiges unternommen haben, um das Gesundheitswesen zu verbessern. Als Ergebnis der Friedensabkommen wurde seit 1996 das Budget des Gesundheitsministeriums jährlich erhöht. Waren es im Jahre 1995 noch rund 12 Mio. US-\$, stieg das Budget bis im Jahr 1999 auf 28 Mio. US-\$. Doch auch dieses innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelte Budget reicht nicht aus, um eine minimale Gesundheitsversorgung zu garantieren. Und verglichen mit dem prozentualen Anteil des Bruttoinlandproduktes (BIP), den andere Länder der Region dem Gesundheitswesen zukommen lassen, ist der Betrag Guatemalas nach wie vor der Niedrigste (2,1% in Guatemala, im Gegensatz zu Costa Rica, das 5,2% des BIP ins Gesundheitswesen investiert).

Eine der Strategien, um die Betreuung zu verbessern, ist die Dezentralisierung und Modernisierung des Gesundheitswesens, mit der in den letzten Jahren begonnen wurde.

Während der Regierung von Alvaro Arzú wurde das Basisgesundheitsystem (*Sistema Integral de Atención en Salud*, SIAS) eingeführt. Damit war der erste Schritt Richtung Dezentralisierung eingeleitet.

Giovany Salazar von der *Vereinigung für das Gesundheitswesen in den Gemeinden* ASECSA begrüsst diesen Schritt. Nichtregierungsorganisationen und andere Kreise, die im Gesundheitsbereich arbeiten, schliessen Verträge mit der Regierung ab und verpflichten sich, einzelne Gemeinden gesundheitsmässig zu versorgen, z.B. die Durchführung von Impfkampagnen zu leiten, etc. Somit kommen auch diese Organisationen in den Genuss eines Teils der öffentlichen Gelder fürs Gesundheitswesen.

Aber auch die SIAS leiden unter Geld- und Personal-mangel: Laut Salazar verfügen sie über einen Arzt oder eine Ärztin pro 10'000 EinwohnerInnen und über ein Budget von jährlich 5 US-\$ pro PatientIn. Damit könnten sie gerade mal Medikamente wie Aspirin und Amphetamine kaufen, für die Behandlung von chronischen Krankheiten reiche dies aber nicht aus. Laut UNPD deckten die Programme von SIAS im Jahre 1998 rund 2,5 Mio. Personen mit medizinischer Grundversorgung ein.

Salazar lobt auch das Projekt der Regierung Portillos zur Dezentralisierung und Modernisierung des Gesundheitswesens, das Programm *Gemeinden für Gesundheit und Frieden*. Hauptakteure in diesem Projekt sind das Gesundheitsministerium und die Gemeinden. Das Ziel ist, auf Gemeindeebene über Krankheiten und ihre Prävention aufzuklären. Aufgabe des Gesundheitsministeriums ist es, die Information und die Mittel zur Verfügung zu stellen, Aufgabe der Gemeinden, den richtigen Personen und Organisationen diese Information zukommen zu lassen, damit diese wiederum mit der Bevölkerung arbeiten können. Dazu wird auf Gemeindeebene die regierungseigene *Vereinigung für Gemeindegeseundheit* (APROSAM) installiert.

Am 28. September 2001 wurde dieses Programm in sieben Gemeinden im Departement Jutiapa als Pilotprojekt gestartet. Anfang 2002 soll mit der Ausweitung auf die total 331 Gemeinden des Landes begonnen werden. Noch steht die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Kongress aus, das dem Programm die juristische Grundlage bietet.

Viele Menschen sterben in Guatemala an Krankheiten, die hätten verhindert werden können. Deshalb ist auch

eine der grössten Kritiken am bestehenden Gesundheitssystem, dass zuviel in die Heilung und zuwenig in die Prävention investiert wird.

Carlos Gehlert Matto, Gesundheitsminister während der christdemokratischen Regierung von Vinicio Cerezo, versichert gegenüber *Inforpress*, dass "das Hauptproblem im Gesundheitswesen darin besteht, dass die abgeschiedenen Gebiete nicht erreicht werden. Zudem ist es eine verrückte Haltung, zu warten, bis die Leute krank werden, um sie dann zu heilen". Auch er gibt jedoch zu, dass die vergangenen Regierungen einzelne Verbesserungen angestrebt und erreicht haben.

Laut Gehlert Matto betrug die Kindersterblichkeit in Guatemala vor zehn Jahren sechzig tote Kinder auf tausend Neugeborene. Heute hat sich diese Zahl auf 41 pro tausend Neugeborenen reduziert. Dies ist aber immer noch eine der höchsten Statistiken im lateinamerikanischen und weltweiten Vergleich.

Als weiteren Erfolg nennt Gehlert Matto, dass seit zehn Jahren kein Fall von Poliomyelitis (Kinderlähmung) und seit drei Jahren kein Fall von Masern auf-

getreten ist.

Für Giovany Salazar ist verständlich, dass angesichts der vielen kranken Personen im Land als erstes in die Heilung investiert wird. Mittelfristig müsse aber auf beide Bereiche gesetzt werden, um langfristig vor allem in der Prävention arbeiten zu können.

Überhaupt müsse zuerst einmal von der nationalen Realität ausgegangen werden, erklärte Salazar. Guatemala sei ein wirtschaftlich schwaches Land. Es sei schwierig, über den Vorteil präventiver bzw. kurativer Medizin zu diskutieren, solange sich die sozioökonomischen Bedingungen in Sachen wie Unterernährung, Parasiten, Verschmutzung und anderen Mängeln ausdrückten, meinte er.

Diese Ansicht teilt auch Gehlert Matto: Die Krankheiten seien immer ein Spiegel der wirtschaftlichen und sozialen Situation eines Landes. Die Regierungen müssten sich halt entscheiden, in was sie investieren wollen, ob ins Militär oder ins Gesundheitswesen.

In diesem Zusammenhang erwähnt Matto auch das traditionelle Wissen der Mayas über Heilpflanzen. "Man muss

auch diese Heilmethode anerkennen und nicht einfach nur das Gesundheitsbudget erhöhen."

Eine weitere Möglichkeit sieht der ehemalige Gesundheitsminister in der besseren Ausbildung und Anerkennung der sog. "GesundheitstechnikerInnen" (Leute mit einer zweijährigen Ausbildung, die Krankheiten ersten Grades diagnostizieren und behandeln dürfen).

Während der 80er Jahre sind viele dieser GesundheitstechnikerInnen verschwunden oder wurden umgebracht. Ihre Arbeit bestand darin, die Leute zu organisieren, sie über die Prävention einfacher Krankheiten aufzuklären und sie darin zu ermutigen, sich für die Verbesserung ihrer Situation einzusetzen. Diese Art von Arbeit war während des Krieges nicht gerne gesehen und wurde mit der Guerilla in Verbindung gebracht.

In einem sind sich die Fachleute einig: Um wirklich eine Verbesserung im Gesundheitswesen Guatemalas zu erreichen, muss die Armut und extreme Armut bekämpft und die wirtschaftliche Situation der Familien und (im internationalen Kontext) des Landes verbessert werden.

Keine Medikamente für HIV-Positive

Guatemala, 13. Nov. Nur rund ein Viertel der 15'000 HIV-positiven Personen in Zentralamerika haben Zugang zu den für sie lebensnotwendigen Medikamenten. Die anderen warten darauf, dass die Pharmaunternehmen die Preise senken oder ihre Länder die Gesundheitspolitik ändern.

Rund 400 Personen nahmen Mitte November am 2. Zentralamerikanischen HIV/Aids-Kongress (CONCASIDA II) in Antigua Guatemala teil. Am zweiten Tag hatten HIV-positive Personen aus den sieben zentralamerikanischen Ländern die Möglichkeit, ihre Sicht der Dinge darzustellen.

Dabei kam heraus, dass nur 3'500 Personen Zugang zu antiretroviralen Medikamenten haben (ein sog. 'Cocktail' aus mindestens drei verschiedenen Medikamenten), davon 1'500 in Guatemala und 1'000 in Costa Rica. Dies zeigt, wie unterschiedlich in den einzelnen Ländern auf politischer Ebene mit der Frage umgegangen wird. (Im Sommer 1999 kam es in Guatemala zu einem Skandal, als im staatlichen Spital *San Juan de Dios* unter einer Gruppe von 90 HIV-positiven PatientInnen vier "Medikamenten-Pakete" verlost wurden. Ein Teil dieser Medizin wurde von Privatpersonen aus den USA gespendet, der Rest waren Medikamente von bereits verstorbenen Aids-PatientInnen.)

Es wird davon ausgegangen, dass es in der Region 180'000 infizierte Menschen gibt. Doch bei nur einem geringen Prozentsatz dieser Personen ist die Krankheit so weit ausgebrochen, dass sie eine Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten brauchen.

"Nicaragua ist das Land mit den meisten Gesetzen diesbezüglich, doch ist es auch das Land, wo am wenigsten gemacht wird", sagte Wilford López, Sprecher der HIV-Positiven seines Landes. Offiziell sind in Nicaragua 800 HIV-infizierte Personen registriert, man geht aber davon aus, dass die Dunkelziffer weit höher liegt.

Costa Rica ist das einzige zentralamerikanische Land, dass die staatliche Bezahlung der teuren Aids-Medikamente übernimmt. Panamá und Guatemala garantieren die Medikamente denjenigen Personen, die im Sozialversicherungssystem aufgenommen sind, jedoch nicht den ArbeiterInnen im informellen Sektor, sprich den SexarbeiterInnen. In Belice werden keine Medikamente staatlicherseits abgegeben, ausser an ein sechsjähriges Mädchen, dass während eines Spitalaufenthaltes infiziert wurde. In Honduras wurde vor wenigen Wochen der Betrag von rund 190'000 US-\$ bewilligt, um ein HIV-Medizinprogramm zu starten. In El Salvador wurde die Regierung mit einem Gerichtsentscheid

dazu verpflichtet, Medikamente abzugeben. In der Praxis befinden sich aber nicht mehr als 200 Personen in (staatlicher) medikamentöser Behandlung. In El Salvador wurde kürzlich auch ein Gesetz erlassen, das Arbeitsgebern erlaubt, einen Aids-Test zu verlangen, bevor jemand eingestellt wird.

In Guatemala sind 16'000 HIV-positive Menschen registriert. Zwei Drittel davon sind Männer, ein Drittel Frauen.

Im Folgenden Ausschnitte aus der Schlussrede von Ismar Ramírez, guatemaltekesischer Vertreter der *Personen, die mit HIV/Aids leben* (PVVS) und Mitorganisator des Kongresses:

"Dieser Kongress hat uns PVVS die Möglichkeit gegeben, unsere Bedürfnisse und Ziele zu formulieren und zu merken, dass wir nicht allein sind. Für einmal waren wir mehr als blosse Zahlen einer kalten Statistik. Wir konnten das Schweigen brechen und der Krankheit ein Gesicht geben. Wir haben auch gemerkt, dass noch viel zu tun bleibt, um die Schwächsten unter den Schwachen dieser Gesellschaft zu integrieren: Schwule, SexarbeiterInnen, Strassenkinder, etc., die HIV-positiv sind.

Als in Zentralamerika die ersten Fälle von HIV/Aids bekannt wurden, konnte sich niemand vorstellen, welche Auswirkungen dieses Phänomen auf die Gesellschaft und die soziale und wirt-

schaftliche Stellung vieler Familien haben würde. Noch heute, sechzehn Jahre später, gibt es Personen, die ihre Diagnose leugnen und sich aus Angst vor Diskriminierung im Schweigen verstecken. (...)

Die guatemaltekische Regierung hat sich unter anderem verpflichtet, eine nationale Kommission zum Schutz der PVVS einzurichten. Aufgabe dieser Kommission ist es, Präventivprogramme (speziell auch Mutter/Kind-Programme) zu entwickeln, Tests anzubieten sowie ambulante Behandlungsmöglichkeiten und antiretrovirale Medikamente zur

Verfügung zu stellen. Das einzige, das bisher unternommen wurde, ist die Eröffnung eines Heims für Aidskranke.

Herr Minister, mit dem Recht, das mir die Verfassung zugesteht, um das von Ihnen Versprochene einzufordern, frage ich Sie: Weshalb investieren Sie in den Aufbau eines Ortes, an dem wir würdevoll sterben können, wenn das einzige, das wir wollen, ein würdevolles LEBEN ist?

Ein Jahr, vier Monate und 28 Tage nachdem das Aids-Gesetz verabschiedet wurde, gibt es noch kein Reglement, um es umzusetzen. Ich bitte Sie, reden

Sie nicht nur schön, handeln Sie auch!

Und trotz allem träume ich von einer Zukunft für alle Männer, Frauen und Kinder dieser Region, in der unsere Regierungen ihre Verantwortung anerkennen. Dazu gehört:

- Zugang zu antiretroviralen Medikamenten. Aufklärung des Gesundheitspersonals über HIV/Aids.

- Gesetze, die uns Schutz und Respekt garantieren, speziell auch den HIV-positiven Frauen. Aufklärung und Prävention und integrale Behandlung für zukünftige Generationen."

Innenminister ausgewechselt

Guatemala, 7. Dez. Präsident Portillo nutzte den jüngsten Korruptionsskandal im Innenministerium und wechselte Innenminister Byron Barrientos durch den Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs aus. Damit stärkt er den Militärsektor innerhalb der Exekutive.

Barrientos hatte den Posten des Innenministers während 16 Monaten inne. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet er ein erstes Mal im Frühsommer dieses Jahres, nach der Flucht von 78 Gefangenen aus dem Hochsicherheitsgefängnis 'Canada' in Escuintla. Den Hut nehmen musste er nun wegen der Unterschlagung von 90 Mio. Quetzales durch einen seiner Untergebenen, wobei nicht klar ist, wie weit er selber die Hände im Spiel hatte. Barrientos kehrt in den Kongress zurück, wo

er einen Sitz als Abgeordneter der FRG innehat.

Der Ernennung Arévalo Lacs gingen Tage der Spekulation voraus. Menschenrechtsorganisationen forderten, dass die Nachfolge Barrientos von einer Zivilperson angetreten werden soll, die institutionelle Erfahrung hat, gewohnt ist, mit der Zivilbevölkerung zusammenzuarbeiten und den Menschenrechten verpflichtet ist.

Entsprechend wurde die Ernennung Arévalo Lacs von VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und OppositionspolitikerInnen kritisiert. Auch MINUGUA und die internationale Gemeinschaft sprachen sich dagegen aus.

Pablo Ceto von der ANN bezeichnete die Wahl als 'unglücklich'. Einmal mehr drücke die FRG ihr Interesse aus, das Land zu militarisieren, meinte der Kongressabgeordnete.

Leonel López Rodas, Kongressabgeordneter der PAN, bezeichnete die Ernennung Arévalo Lacs als Vetternwirtschaft. Der neue Innenminister und Präsident Portillo sind Spielkameraden aus Kinderzeiten. Nachdem Portillo die Präsidentschaft antrat, rief er Arévalo Lacs aus Spanien zurück, wo er als Militärattaché amtierte und setzte ihn an die Spitze des militärischen Generalstabs. Acht Wochen später wurde er zum General ernannt.

Die UNO-Mission für Guatemala MINUGUA verwies auf das Friedensabkommen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Rolle des Militärs, in dem es heisst, die öffentliche Sicherheit müsse entmilitarisiert werden. Die Ernennung eines Generals zum Innenminister widerspricht diesem Abkommen eindeutig. MINUGUA befürchtet, dass in Zukunft auch andere, zivile Institutionen, militärisch kontrolliert werden, z.B. die Migrationsbehörde.

Auch diese Befürchtungen sind nicht unbegründet. Kaum eine Woche im Amt, ernannte der neue Innenminister den pensionierten Oberst César Francisco Nájera Avendaño zu seinem zweiten Vize, zuständig für Sicherheitsfragen. Auch er machte seine Militärkarriere während des bewaffneten Konflikts, u.a. war er 1993 stellvertretender Chef des militärischen Geheimdienstes G-2.

Arévalo Lacs bezeichnete die Befürchtungen der Menschenrechtsorganisationen als übertrieben. Er bedauere diese Angst, teile sie aber in keiner Weise, meinte er. Gleichzeitig kündigte er an, dass er seinen engsten Stab möglicherweise aus noch mehr ehemaligen Militärs rekrutiere, wolle er sich doch mit 'Leuten seines Vertrauens' umgeben.

Mehr vielleicht noch als ein Rückschritt in die Vergangenheit bedeuten diese Entwicklungen einen Schritt in die Zukunft. Dies brachte der Umweltaktivist José Manuel Chacón, auch bekannt als Karikaturist 'Filochofó', in einem Cartoon in der Tageszeitung *el Periódico* zum Ausdruck, in dem er die erneute militärische Kontrolle mit dem Antiterrorismuskampf der USA in Verbindung brachte.

Ebenfalls in diese Richtung weist die kürzlich angeordnete staatliche Intervention des zivilen Flughafens *La Aurora*. Diese Intervention wurde von Präsident Portillo beschlossen, nachdem auch dort diverse Fälle von Korruption und Geldhinterziehung bekannt wurden. Beauftragt mit dieser Intervention wurde der ehemalige Oberst Luis Alfonso Imeri Velarde. Neben der Aufklärung der Korruptionsfälle bestünden seine Hauptaufgaben in der Bekämpfung des Drogen- und Menschenhandels, hiess es seitens der Regierung.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Was steckt hinter dem Ministerwechsel?

Guatemala, 8. Dez. Fast ist es zur Tradition geworden, dass die Wechsel in der guatemaltekischen Regierung immer dann stattfinden, wenn entweder der Präsident oder der Vizepräsident abwesend ist. Diesmal nutzte Portillo eine Europareise von Vizepräsident Francisco Reyes López, der die 'harte Linie' innerhalb der FRG vertritt, um einen neuen Innenminister zu ernennen.

AnalytikerInnen sind sich einig, dass Portillo mit dieser Wahl mehr im Sinn hat, als nur die Korruption zu be-

kämpfen. "Der Präsident versucht, Leute seines Vertrauens um sich zu scharen. Das nächste Jahr wird ein schwieriges für ihn, er wird sich mit sozialen Problemen, mit Demonstrationen und Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen", meinte der ebenfalls Ex-General Otto Pérez Molina.

Arévalo Lacs wird im Verteidigungsministerium von Alvaro Leonel Méndez Estrada ersetzt, ebenfalls ein Gefolgsmann Portillos. Lacs wie sein Nachfolger haben die militärische Ausbildung '73 absolviert, ein Jahrgang,

der 1983 eine massgebliche Rolle spielte im Staatsstreich gegen Ríos Montt.

Auch andere Minister wurden im Rahmen dieser Rochade ausgewechselt. Mit Arturo Montenegro als *Generalsekretär für Planung* (SEGEPLAN) hat Portillo einen weiteren Vertrauensmann im Wirtschaftsministerium platziert.

Nicht ganz gelungen ist ihm dies mit Carlos Wholers als Chef des Instituts für Sozialversicherungen (IGGS). Wholers gehört zu den 'riosmonttistas' innerhalb der FRG.

Erneuter Vorstoss gegen die Meinungsfreiheit

Guatemala, 6. Dez. Im Oktober 2000 verabschiedete die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* (CIDH) eine Deklaration über die Prinzipien der Meinungsfreiheit. Darin heisst es, dass die obligatorische Zugehörigkeit zu einer Berufskammer für JournalistInnen eine Einschränkung ihrer journalistischen Tätigkeit sei und dass sich die Ausübung dieses Berufs nach ethischen Grundsätzen richten müsse und in keinem Fall staatlich bestimmt werden könne.

Nun hat aber der guatemaltekische Kongress ausgerechnet am "Tag der

JournalistInnen", dem 30. November, eine Gesetzesinitiative des FRG-Abgeordneten Jorge Arévalo angenommen, welche die Zugehörigkeit zu einer Berufskammer für JournalistInnen vorschreibt. Konkret heisst das, dass nur als JournalistIn arbeiten darf, wer einen Universitätsabschluss in diesem Fach vorweisen kann. Ausgeschlossen sind demnach alle *comunicadores sociales*, d.h. Leute, die als lokale ReporterInnen in Gemeinderadios, Regionalzeitungen oder alternativen Presseagenturen arbeiten, Leute, die ihre soziale Kompetenz durchs Leben und nicht in erster Linie an der

Universität gelernt haben.

Die einzige Chance, dieses Gesetz rückgängig zu machen, hat Präsident Portillo, indem er sein Veto einlegt. Darum wurde er von der *Guatemaltekischen JournalistInnenvereinigung* APG, von der *Interamerikanischen Pressengesellschaft* SIP und von nationalen und internationalen JournalistInnenverbänden gebeten.

Laut Roberto Cox, Präsident der SIP, verstösst dieses neue Gesetz gegen die guatemaltekische Verfassung, in deren Artikel 35 das Recht auf freie Meinungsäusserung garantiert ist.

Rückgehende Geschäfte trotz (wegen?) Freihandelsabkommen

Guatemala, 7. Dez. "Die Globalisierung ist ein mächtiges Instrument um die Armut zu reduzieren. Die Herausforderung unserer Zeit ist es, auch die Armen in diesen Prozess einzubeziehen", sagte der Weltbankvertreter Nicolas Stern am 6. Dezember vor der Presse.

Guatemala scheint dieser Herausforderung nicht gewachsen zu sein. In den ersten acht Monaten dieses Jahres ist, im Vergleich zum Vorjahr, ein markanter Exportrückgang ins Nachbarland Mexiko zu verzeichnen. Diese Tendenz hat zugenommen, seit im März das Freihandelsabkommen mit Mexiko in Kraft trat.

Laut Zahlen der guatemaltekischen Nationalbank (BANGUAT) hat in den ersten fünf Monaten seit Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit Mexiko der Export ins Nachbarland um rund 34% abgenommen verglichen zum Vorjahr. Dafür hat der Import aus Mexiko um 5% zugenommen.

Vor der Unterzeichnung des Abkommens gab sich die guatemalteki-

sche Regierung optimistisch. Entsprechend bezeichnet es Wirtschaftsminister Marco Antonio Ventura als noch zu früh, um eine Bilanz zu ziehen. Die Verhandlungen zwischen guatemaltekischen und mexikanischen Unternehmen würden in Kürze erste Erfolge zeigen.

Luis Pedro Toledo, ehemaliger Direktor der guatemaltekischen Industriekammer, hingegen, sieht seine Vorhersagen bestätigt. Er habe immer darauf hingewiesen, dass die mexikanischen Einfuhrbedingungen viel zu kompliziert sei. Damit wolle Mexiko den einheimischen Markt vor Produkten aus dem Ausland schützen. Mexikos einziges Interesse an einem Freihandelsabkommen mit Guatemala sei es, den eigenen Markt zu vergrössern, meinte Toledo.

Aber nicht nur die 'eigenen' Freihandelsabkommen machen Zentralamerika zu schaffen, auch die Konsequenzen des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada sind spürbar. So hat zum Beispiel in der ganzen Region die Produktion im

Landwirtschaftssektor ab- und entsprechend die Armut auf dem Land zugenommen.

Eine eindeutige Folge der Attentate vom 11. September ist der Rückgang der Geldsendungen lateinamerikanischer MigrantInnen, die in den USA leben. Laut Berechnung der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BID) werden jährlich 300 Milliarden US-\$ nach Lateinamerika und in die Karibik geschickt.

Auch der Export von guatemaltekischem Kunsthandwerk leidet unter den jüngsten weltpolitischen Entwicklungen. Viele grosse Verkaufsausstellungen in den USA, die jährlich Hunderte von guatemaltekischen KunsthandwerkerInnen angezogen haben, finden diese Jahr nicht statt. In Guatemala leben ca. eine Million Personen vom Kunsthandwerk, sei dies als ProduzentInnen, als ZwischenhändlerInnen oder ExporteurInnen. Gemäss der *Vereinigung der Exporteure nichttraditioneller Produkte* (AGEXPRONT) beträgt die Einbusse in diesem Sektor rund 30%.

Selbstmord in Ausschaffungsunterkunft

Guatemala, 5. Dez. In einer Unterkunft, in der papierlose MigrantInnen wohnen, die bis zu ihrer Ausschaffung gefangengehalten werden, hat sich ein indischer Mann erhängt. Zusammen mit 42 Landsleuten wurde er in Mexiko gefasst und bis zu seiner Rückschaffung nach Indien in Guatemala festgehalten. Die unmenschlichen Zustände in diesen Unterkünften wurden von Menschenrechtsorganisationen und dem *Runden Tisch für Migration* (MENAMIG), dem 23 Organisationen der Zivilgesellschaft angehören, wiederholt kritisiert (siehe ¡Fijáte! 247). Im Folgenden Ausschnitte aus der Presseerklärung der MENAMIG:

"Die Mitglieder des *Runden Tisch für Migration* sind traurig und entrüstet über den Tod des 35-jährigen Inders Kanu Patel. Der Mann litt unter Herzbe-

schwerden und verlangte mehrmals nach medizinischer Hilfe, die ihm jedoch verweigert wurde. Die Gefährten Patels beschwerten sich über ständige Drohungen und Quälereien seitens der Sicherheitsbeamten der Unterkunft. Diese geben Schüsse in die Luft ab und wecken die Leute mitten in der Nacht, um ihre Kontrollen durchzuführen, eine Massnahme, wie sie aus Gefängnissen bekannt ist.

MENAMIG hat schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die von den Migrationsbehörden verhafteten papierlosen MigrantInnen in unhaltbaren Zuständen leben, schlecht ernährt, ohne medizinische, psychologische oder juristische Betreuung.

Nirgends in der guatemaltekischen Verfassung steht, dass Papierlosigkeit ein Delikt ist und dass deshalb jemand

seiner oder ihrer Freiheit beraubt werden darf. MigrantInnen sind keine Kriminelle!

Wir fordern von der guatemaltekischen Regierung, dass die Menschenrechte dieser Personen gewahrt werden, dass ihre Situation so schnell wie möglich abgeklärt wird und dass sie, während sie in Guatemala sind, eine würdevolle Behandlung bekommen.

Guatemala soll nicht als Sammelbecken dienen für aus anderen Ländern abgeschobene Papierlose. Der guatemaltekische Staat soll vom mexikanischen Staat fordern, die Abschiebungen selber zu vollziehen und das Problem nicht einfach dem Nachbarland anzulasten. Rückschaffung ist keine Lösung, es müssen andere Alternativen für das Problem der papierlosen MigrantInnen gesucht werden."

Das Problem der 'moralischen Verurteilung'

Guatemala, 5. Dez. Am 13. November 2000 akzeptierte die guatemaltekische Regierung die 'moralische Verurteilung' durch die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* (CIDH) im Fall des Massakers von *Dos Erres* und verpflichtete sich, die Hinterbliebenen mit rund 15 Mio. Quetzales zu entschädigen.

Zur selben Zeit verurteilte die CIDH den guatemaltekischen Staat im Fall der Folterung und Ermordung von fünf Strassenkinder durch Polizeiangehörige. Der Staat verpflichtete sich, den Eltern der Kinder insgesamt eine halbe Million US-\$ zu bezahlen und eine Schule zu bauen, die den Namen der Kinder trägt.

Anfang Dezember letzten Jahres verurteilte die CIDH den guatemaltekischen Staat im Fall der aussergesetzlichen Hinrichtung des Guerillakommandanten Efraín Bámaca.

Drei Beispiele (es gäbe noch mehr) von Urteilen, die die CIDH gefällt und der guatemaltekische Staat akzeptiert hat. In Menschenrechtskreisen wird diesen Urteilen eine grosse Wichtigkeit zugesprochen, obwohl sie nur symbolisch sind und keine juristische Basis haben, auf Grund derer die Wiedergutmachung eingefordert werden kann. Und hier liegt auch das Problem:

Am 26. November trat die *Vereinigung Familienangehöriger von Verhafteten und Verschwundenen* (FAMDEGUA), welche die Hinterbliebenen des Massakers von *Dos Erres* juristisch vertrat, an die Öffentlichkeit und kündigte handfeste Massnahmen an, mit denen

sie die Regierung zur Einhaltung ihrer Verpflichtung zwingen will.

Am 29. November trat Jennifer Harbury, die US-amerikanische Ehefrau Bámacas, erneut vor die CIDH und bat darum, Druck auf die guatemaltekische Regierung auszuüben, damit ihr die Überreste ihres *Compañeros* ausgehändigt werden.

Anfang Dezember beschwerte sich das Kinderhilfswerk *Casa Alianza*, rechtliche Vertreterin der fünf ermordeten Strassenkinder in einer Erklärung, dass der Staat seiner akzeptierten Verpflichtung nicht nachkomme. Casa Alianza drohte damit, über die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder die interamerikanische Ent-

wicklungsbank, Druck auf die guatemaltekische Regierung auszuüben.

Es scheint sehr schwierig zu sein, in Sachen Wiedergutmachung mehr als symbolische Lippenbekenntnisse seitens der guatemaltekischen Regierung zu erreichen. Und trotzdem ist die CIDH momentan die einzige Instanz, um auf internationaler Ebene gegen die Menschenrechtsverletzungen durch den guatemaltekischen Staat vorzugehen:

Am 3. Dezember trugen Familienangehörige des 1993 durch eine Zivilpatrouille ermordeten Journalisten und Politikers Jorge Carpio Nicolle, den Fall vor die CIDH, nachdem sie sich jahrelang vergeblich vor guatemaltekischen Gerichten bemüht hatten.

Leck in Ölpipeline

Guatemala, 5. Dez. Seit Ende September läuft an zwei Bohrstationen des Unternehmens *Basic Resources* Öl aus. Die eine Lecke Stelle befindet sich in unmittelbarer Nähe der Finca Cemox, Izabal, die andere bei der Bohrstation Xan, in der Gemeinde La Libertad, Petén. Laut Luís Chavez, Generalsekretär der Gewerkschaft für Forstarbeiter und Holzfäller (FESITRAMMAR), bedeuten beide Lecks eine unmittelbare Gefährdung des Ökosystems und der in der Umgebung lebenden Bevölkerung.

Bei der Bohrstation Xan vergiftete sich ein Arbeiter an den Dämpfen, die über dem Leck schweben und verstarb. Die Verantwortung am Tod des Ar-

beiters trage die *Basic Resources*, sagte Chavez und wunderte sich weiter, dass weder das Arbeitsministerium noch die guatemaltekische Sozialversicherung (IGGS) sich an dem Vorfall interessiert zeigten. Laut Gesetz sei das Unternehmen dafür verantwortlich, eine Lecke Stelle sofort zu reparieren und den Schutz und die Sicherheit der ArbeiterInnen zu gewährleisten.

Die Gewerkschaft fordert die Staatsanwaltschaft auf, eine Untersuchung gegen die *Basic* einzuleiten und das Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Ausserdem fordern sie eine finanzielle Entschädigung für die Familie des verstorbenen Arbeiters.

Mehr Waffen = mehr Sicherheit?

Guatemala, 30. Nov. Die Leichtigkeit, mit der in Guatemala Waffen gekauft werden können, macht das Land zu einem der Gewalttätigsten der Region. Laut einer Studie der Stiftung *Arien für den Frieden und Fortschritt* mit Sitz in Costa Rica beträgt der Durchschnitt der Tötungsdelikte in Zentralamerika 23 auf 100'000 EinwohnerInnen. In Guatemala steigt dieser Durchschnitt auf 57 Delikte auf 100'000 EinwohnerInnen. El Salvador und Guatemala gehören laut einer Untersuchung der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* neben Cali und Medellín zu den gewalttätigsten Städten der Welt.

Auch für Jugendliche ist Guatemala eines der gefährlichsten Länder Lateinamerikas. Laut einer Studie des Kinderhilfswerkes *Casa Alianza* wurden in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 272 Jugendliche unter 23 Jahren ermordet, 35 davon waren unter 15 Jahren, 19 waren Mädchen oder junge Frauen. 94%

dieser Jugendlichen wurden mit Schusswaffen umgebracht.

Arien für den Frieden und Fortschritt erklärt die Gewalt in Guatemala mit dem bewaffneten Konflikt, der das Land während über drei Jahrzehnten geprägt hat. Daher würden auch die über 2 Millionen illegalen Waffen stammen, die in der Region im Umlauf sind. Auf dem Schwarzmarkt sei es ein leichtes, Gewehre der Marken AK-47 oder M-16 zu kaufen, ebenso Handgranaten. Edy Armas, Vertreter der *Versammlung der Zivilgesellschaft*, wehrte sich jedoch gegen das immer wieder ins Spiel gebrachte Argument, diese Waffen würden allein aus den Beständen der demobilisierten Guerilla stammen. Es wird davon ausgegangen, dass in Guatemala ca. 170'000 Waffen verschiedenster Art im Umlauf sind.

Solche Tatsachen halten jedoch die FRG nicht davon ab, ein neues Waffengesetz zu verabschieden. Falls das Gesetz vom Kongress angenommen wird,

sollen in Zukunft Personen nicht wie heute ab 25, sondern bereits ab 18 Jahren eine Waffe erstehen und tragen dürfen. Baudilio Hichos, ehemaliger Angestellter der aufgelösten *Guardia de Hacienda*, der den Gesetzesentwurf ausgearbeitet hat, begründet diese Änderung damit, dass das Volljährigkeitsalter in Guatemala 18 Jahre sei. Damit würden die GuatemalteKInnen zu BürgerInnen mit allen Rechten und Pflichten und diese dürften ihnen nicht verwehrt werden. Sein absurdestes Argument: "Diese Initiative ist ein Schritt zur Umsetzung der Friedensabkommen".

Oppositionsabgeordnete kritisierten den Gesetzesentwurf: "Es ist unlogisch zu glauben, indem man die Bevölkerung bewaffne, könne man die Kriminalität bekämpfen", meinte Héctor Cifuentes und Guillermo Arturo de la Cruz ergänzte: "Es ist ein Irrtum zu glauben, mit 18 Jahren sei eine Person reif genug, um eine Waffe zu tragen".

Provokation Frieden - Tatsachen aus Guatemala

Einladung zu einem Seminar in Zusammenarbeit mit PBI:

Sonntag, 24. Februar 2002, 16:00 Uhr bis ca 21:30 Uhr, Ort und Anmeldung: Kath. Akademie der Erzdiözese Freiburg, Wintererstr. 1, 79104 Freiburg, Akademie.Freiburg@t-online.de, tel. 0761-319 18 0

20 Jahre Bürgerkrieg. 200.000 Opfer. Über 1 Million Flüchtlinge. Vergangenheit. - Heute: Ringen um Konfliktbewältigung, ermöglichen von Trauerarbeit, Kampf für Frieden und Gerechtigkeit. Heute wie damals Gruppen in Solidarität mit Menschen in Guatemala. Wo liegen die Herausforderungen für die guatemalteKische Gesellschaft heute? Welche Unterstützung wird von uns erwartet? - Projektpartner von Misereor berichten authentisch. Chancen und Formen partnerschaftlichen Handelns sollen greifbar werden.

Gäste:

Jorge Luis Sandoval (Mitarbeiter in Projekten der Wahrheitskommission der katholischen Kirche REMHI, Guatemala)

Arelis Faviola Tigüila Par (Präsidentin der Jugendorganisation Quezaltenango, Guatemala)

Maria Ulrike Morsell (Sozialarbeit, Santa Cruz del Quiché, Guatemala)

16.00 Begrüßung und Einführung: Referat Weltkirche + Kath. Akademie, Guatemala in Blitzlichtern - Bruno Gebele

16.15 Vorstellung der Gäste und ihrer Anliegen

17.30 Vertiefung in Gesprächsinseln:

1. Wie lässt sich mit dem Erлittenen leben? - Menschenrechtsarbeit in der Diözese El Quiché am Beispiel der Trauma-Arbeit mit Frauen. (Maria Ulrike Morsell)

2. Wie lässt sich eine demokratische Kultur aufbauen? - Jugendliche und ihr Einsatz für Bürgerbeteiligung und Demokratie. (Arelis Faviola Tigüila Par)

3. Wie geschieht Konfliktbewältigung, um einen dauerhaften Frieden zu erlangen? - Die Menschenrechtsarbeit der Erzdiözese Guatemala für eine Kultur des Friedens. (Jorge Luis Sandoval Portillo)

18.30 Abendessen

19.30 Unser Beitrag für eine Zukunft in Frieden für Guatemala.

* Peace Brigades International

* Kommission für Menschenrechte des Anwaltsvereins und Richterbundes Freiburg

* Misereor

20.15 Gewalterfahrung in Guatemala und weltweit. Eine Herausforderung für uns. - Formen der Gewalt gegen unbeteiligte Zivilbevölkerung am Beispiel der Zwangsrekrutierung von Kindern und Jugendlichen. Ursachen und Folgen. Sind wir zum „Zuschauen“ verurteilt?

21.00 Konsequenzen und weiteres Engagement. - Abschlussplenum mit den Gästen aus Guatemala. Einsichten und Handlungsmöglichkeiten auf beiden Seiten. Welche Unterstützung ist möglich und erwünscht?

21.30 Geistlicher Ausklang in der Kapelle der Akademie